

Antragssteller: Jusos Lichtenberg

1 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD-Lichtenberg möge beschließen:*

2 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen*

3 **Personalabbau stoppen, Personalentwicklung starten!**

4 In den vergangenen Jahren waren alle Berliner Bezirke vom Personalabbau
5 betroffen. Als Leitlinie galt dabei stets die Reduzierung der Stellen in der Verwaltung
6 auf 100.000 Beschäftigte. Den Bezirken sollen davon dann nur noch 20.000
7 Vollzeitäquivalente zustehen. Dieses Ziel ist Bestandteil des Koalitionsvertrages
8 zwischen SPD und CDU und wurde in mehreren Regierungserklärungen verkündet.
9 Gesetzeskraft hat es dagegen nie erlangt. Bis heute erfolgt der Personalabbau in
10 Berlin auf keiner parlamentarischen und damit legislativen Grundlage. Die
11 Senatsverwaltung für Finanzen handelt somit ohne Auftrag des Parlaments, wenn es
12 beispielsweise Zielvereinbarungen mit den Bezirken trifft. Gleichzeitig wird immer
13 deutlicher, dass das Personalziel von 100.000 Beschäftigten angesichts einer
14 wachsenden Stadt jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Niemand kann erklären,
15 wie die 100.000 Beschäftigten alle nötigen Aufgaben in Berlin und in den Bezirken
16 erfüllen sollen, weil an keiner Stelle eben diese nötigen Aufgaben definiert sind. In
17 den nächsten Jahren könnte es sogar noch schlimmer kommen, wenn durch
18 Pensionswellen und verpasste Neueinstellungen die 100.000 Stellen weit
19 unterschritten werden. In vielen Bereichen sind die Auswirkungen bereits jetzt zu
20 spüren. Durch Personalmangel in den Finanzämtern entgehen dem Land sogar
21 Mehreinnahmen in Millionenhöhe, die fehlende Betriebsprüfer*innen eigentlich
22 generieren würden.

23 Deswegen fordern wir:

- 24
- 25 • Das willkürlich festgelegte Ziel von 100.000 Beschäftigten muss durch eine
bedarfsgerechte Steuerung ersetzt werden.
 - 26 • Es muss durch den Senat ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet werden,
27 das die Bedarfe im Land Berlin und in den Bezirken konkretisiert und dabei die
28 Altersstruktur und den Einstellungsbedarf berücksichtigt.
 - 29 • Die Personalentwicklung des Landes Berlin muss anschließend im
30 Abgeordnetenhaus eine gesetzliche Grundlage erhalten.